



[Politik](#)

## Die aktuell gefährlichsten Anti-Freiheits-Gesetze

13. Februar 2024 von [Thomas Oysmüller](#) 4,6 Minuten Lesezeit

**Zensur, Angriff auf Meinungsfreiheit, Massenüberwachung, totale Kontrolle: Während vor allem auf Deutschlands Straßen „für die Demokratie“ demonstriert wird, erlässt die EU Gesetze, die besonders bedrohlich für Demokratie und Freiheit sind. Ein Überblick.**

Ist die Demokratie durch die Oppositionsparteien wie AfD, FPÖ oder Le Pen in Frankreich bedroht? Man wundert sich bei der dieser Frage. In Österreich fordert etwa nur die FPÖ verpflichtende Volksabstimmung (auch wenn man dies in Regierungsverantwortung dann nie umsetzt), besonders antidemokratisch klingt das nicht. **Zugleich drückt man aber vor allem in Brüssel Gesetze durch, die direkt auf die Freiheit des Einzelnen gehen, bürgerliche Grundfreiheiten und die „Demokratie“ bedrohen.**

[Eilmeldung aus Niedersachsen: Staat ändert Solar-Vorgaben](#)

[Anzeige gegen Leyen, Gates, Tedros in Den Haag eingebracht](#)

[#1 Hausmittel für eine saubere Leber und einen flachen Bauch](#)  
[Gesund Entgiften](#)

[von Taboola](#)  
[Empfohlen](#)

## Zensur und Überwachung

Die deutsche Journalistin Janina Lionello hat am Reichelt-Portal [NIUS](#) eine kompakte Recherche veröffentlicht, die „die fünf problematischsten Anti-Freiheits-Gesetze“ zusammenfasst. Vier der fünf Gesetze, die leicht antidemokratisch missbraucht werden könnten, betreffen die EU-Ebene, eines das deutsche Recht. Ein Überblick:

Da ist zunächst der „**Digital Service Act**“, der dreisterweise als „Schlag gegen den Überwachungskapitalismus“ vermarktet wird, weil der Bürger gegenüber Konzernen gestärkt werden soll.

Seit August ist die Verordnung in Kraft - TKP hat damals ausführlich und sehr genau darüber berichtet: „[Die hässliche Fratze der EU: Digital Service Act in Kraft](#)“. Ab 2024 könnte die Verordnung zu nun breiter Zensur führen. **Besonders im „Krisenfall“ sind weitreichende „Maßnahmen“ gegen „Desinformation“ erlaubt, mit dem DSA wurden die Befugnisse von EU-Kommission und Regierung, gegen Presse- und Meinungsfreiheit vorzugehen, massiv ausgeweitet.**

Das nächste Vorhaben ist noch nicht umgesetzt, aber seit 2022 in Planung: Die sogenannte „**Chatkontrolle**“. Sollte der Vorschlag der Kommission vorgehen, **können Behörden anlasslos die private Kommunikation durchsuchen**. Offiziell, um gegen Kinderpornografie und Kindermissbrauch vorzugehen. Algorithmen, die dafür verwendet werden, sind aber bekanntlich äußerst fehleranfällig und häufig wird nicht strafrechtlich relevante Kommunikation erkannt. Lionello: *„Das liegt daran, dass Algorithmen die Inhalte automatisiert absuchen und häufig auch bei Strand- Bikini- oder legal aufgenommenen Nackt-Fotos sowie Nachrichten von Erwachsenen mit sexuellem Inhalt Alarm schlagen. Sensible private Daten können auf diese Weise in falsche Hände geraten. Kaum jemand wünscht sich wohl, dass seine Urlaubs-Fotos beim BKA landen.“*

Aber das ist nur das oberflächliche Problem. **Tatsächlich wäre die Chatkontrolle der Anfang vom Ende jeglicher privaten Kommunikation**. Es ist ein Gesetz, von dem Metternich nur träumen hat können und das Briefgeheimnis wäre (wieder) Geschichte. [TKP hat Ende Dezember genauer über die Chatkontrolle berichtet](#).

Neben Überwachung und Zensur betreffen die anderen großen Brocken die Digitalisierung und die **digitale Identität**. Die Einführung der

digitalen Identität, einer App, die biometrische Daten und sensible Informationen über die Person erfasst hat, wird von TKP seit langem genau und intensiv journalistisch begleitet. Vermarktet wird die eID - [in Österreich ist man mit „ID Austria“ hier besonders weit](#) - als praktische, kostensparende und sichere „digitale Briefftasche“. Das ist Propaganda. Das zeigen etwa immer wieder Hacks, [bei der millionenfach Daten abgegriffen werden](#) - auch mal die Iris-Scans von Bürger. Und eine Iris ist bekanntlich, um einiges schwieriger zu wechseln als ein Passwort. Bis 2030 sollen 80 Prozent der EU-Bevölkerung die eID nutzen, so das Ziel der Kommission. [Wie man das bewerkstelligen will, sieht man bereits in Österreich, wo bereits an vielen Stellen ein Zwang zur Verwendung der eID aufgebaut wird.](#)

**Die digitale Identität gilt als Grundvoraussetzung für die Einführung des digitalen CBDC-Euros, der dann zweckgebunden und programmierbar sein kann. Heißt: In der „digitalen Briefftasche“ ist dann Geld mit Ablaufdatum und mit dem nur bestimmte Dinge gekauft werden können** - TKP hat erst gestern darüber berichtet: [„Deutsches Papier: Digitaler Euro zweckgebunden“](#). Erst dann kann auch über die Abschaffung von Bargeld überhaupt realistisch nachgedacht werden.

Lionellos Recherche behandelt auch noch den **AI Act**, das Regulierungsgesetz der KI in der EU. **So haben es „gerade die Ausnahmen in sich“, die auch dieses Gesetz zu einer Gefahr für Demokratie und Freiheit machen würde.** Sie schreibt: *„Die ausdrückliche Erwähnung dieser Ausnahmen im Bereich der biometrischen Erfassung im Zusammenhang mit Straftaten kann fast als Ermunterung zu ihrer Verwendung verstanden werden und **ebnet den langsamen Weg hin zu biometrischer Massenüberwachung.**“*

In Deutschland wird zudem noch am sogenannten **„Demokratiefördergesetz“** gearbeitet, das aber seit „vielen Monaten im Bundestag“ festhängt. Damit sollen Vereine und Organisationen, die sich **„für die Stärkung der Demokratie und die Prävention von Extremismus“** einsetzen, finanziell subventioniert werden. Das Problem: Welche Vereine für die Demokratie sind, entscheidet die Bundesregierung. Lionello schreibt: **„Indem Steuergelder an ausgewählte Organisationen vergeben werden, greift die Regierung in die öffentliche Meinungsbildung ein.** Wer die Problematik nicht erkennt, sollte ein

Gedankenspiel wagen und sich vor Augen halten, was derartige Befugnisse in der Hand einer Regierung anrichten können, deren weltanschauliche Ausrichtung den eigenen Überzeugungen entgegensteht.“ In Anlehnung an ein berühmtes Zitat von Carl Schmitt könnte man sagen: „**Souverän ist, wer darüber entscheidet, wer ein Anti-Demokrat ist.**“

Denkt man all diese Gesetze zusammen und verbindet manche Punkte, sieht man sehr deutlich, dass **aktuell die gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine digitale Kontrollgesellschaft geschaffen werden.** Bürgerliche Freiheiten und demokratische Mitbestimmungen sind in solch einer Welt maximal noch Fassade aber substanzlos. Wesentlich orchestriert wird dieser gesetzliche Aufbau einer digitalen Diktatur von der EU-Kommission.